

Nürnberg, 18.03.2022

PRESSEMITTEILUNG

Allianz steht solidarisch an der Seite aller Menschen, die von Putins Krieg betroffen sind

Die *Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg* ist auch drei Wochen nach dem völkerrechtswidrigen Überfall Russlands auf die Ukraine fassungslos und verurteilt Putins Angriffskrieg auf das Schärfste.

„Die *Allianz* steht solidarisch an der Seite aller Menschen, die von diesem schrecklichen und unfassbaren Krieg betroffen sind. Gemeinsam mit ihren Mitgliedern steht die *Allianz* für die Achtung der Menschenrechte insbesondere für einen gewalt- und diskriminierungsfreien Umgang miteinander ein. Gewaltvolle Auseinandersetzungen insbesondere mit Waffen, Aufrüstung und Drohungen dürfen nie Ziel oder Mittel zum Zweck sein. An der aktuellen Eskalation sehen wir leider, wohin jahrelanges nationalistisches und völkisches Denken führen. Auch in der Bundesrepublik müssen wir gegen nationalistische und völkische Gruppierungen wie NPD, AfD, III. Weg, Reichsbürger etc. klare Kante zeigen“, sagt Stephan Doll, Vorsitzender der *Allianz*.

Die Politik von Wladimir Putin und seinen Schergen muss mittlerweile als faschistisch bezeichnet werden.

Es ist zwar klar, dass die Wissenschaft keinen eindeutigen Faschismusbegriff kennt. Am prägnantesten darf dabei jedoch die Faschismusdefinition des amerikanischen Historikers Robert O. Paxton gelten:

„Faschismus kann definiert werden als eine Form politischen Verhaltens, das gekennzeichnet ist durch eine obsessive Beschäftigung mit Niedergang, Demütigung oder Opferrolle einer Gemeinschaft und durch kompensatorische Kulte der Einheit, Stärke und Reinheit, wobei eine massenbasierte Partei von entschlossenen nationalistischen Aktivisten in unbequemer, aber effektiver Zusammenarbeit mit den traditionellen Eliten demokratische Freiheiten aufgibt und mittels einer als erlösend verklärten Gewalt und ohne ethische oder gesetzliche Beschränkungen Ziele der inneren Säuberung und der äußeren Expansion verfolgt.“

- Robert. O. Paxton: Anatomie des Faschismus, München 2006, S. 319 -

Faschist*innen brauchen demnach die Erhebung der eigenen Nation über andere, und neigen zu kriegerischen Akten, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus. Faschist*innen sind für Demokrat*innen keine Gesprächspartner*innen. Sie agieren letztlich gegen ihr eigenes Volk, das divers, weltoffen und vielfältig ist.

„Die *Allianz* fordert daher eine klare Abgrenzung und Isolation der russischen Politik durch die Weltgemeinschaft. Sie fordert die Menschen der Metropolregion Nürnberg darüber hinaus auf, Bürger*innen mit russischer Migrationsgeschichte weiterhin vorbehaltlos in den gesellschaftlichen Dialog miteinzubinden: Der Krieg Putins ist nicht der Krieg ‚der Russ*innen‘!

Zudem fordern wir die Gleichbehandlung von Geflüchteten aus der Ukraine mit oder ohne ukrainischen Pass. Es ist erschreckend zu hören, dass Menschen, die nun vor dem Krieg in der Ukraine flüchten, an den Grenzen mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Racial Profiling konfrontiert und zurückgeschickt werden.

Das Ziel von uns Demokratinnen und Demokraten ist und bleibt ein respektvolles, friedliches und solidarisches Zusammenleben aller Menschen in der Metropolregion Nürnberg, in Europa und der ganzen Welt!“, so Doll weiter.

Rückfragen bitte an:

Geschäftsstelle der Allianz gegen Rechtsextremismus

kontakt@allianz-gegen-rechtsextremismus.de

oder an Stephan Doll

0911-24916-6